

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Rates am 20.11.2025
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung		5
1	Einwohnerfragestunde	5
2	Bestellung eines/einer Schriftführers/in und eines/einer stellvertretenden Schriftführers/in Vorlage: SB9JR/0141/2025	7
3	Vereidigung des Bürgermeisters und Einführung in sein Amt	7
4	Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder	7
5	Wahl der stellvertretenden Bürgermeister/innen Vorlage: SB9JR/0251/2025	7
6	Bildung von Ausschüssen Vorlage: SB9JR/0164/2025	8
6.1	Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Einrichtung eines Ausschusses "Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit" Vorlage: SB9JR/0609/2025	9
6.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. Einrichtung des Mobilitätsausschusses Vorlage: SB9JR/0610/2025	10
6.3	Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung des Mobilitätsausschuss Vorlage: SB9JR/0613/2025	11
6.4	Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie Vorlage: SB9JR/0614/2025	11
6.5	Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung je eines beratenden Sitzes für Vertreter von Naturschutzverbänden im APL, AKUB und AMO Vorlage: SB9JR/0612/2025	12
6.6	Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung je eines beratenden Sitzes für Vertreter der Schüler*innenvertretung im ASS und AZS Vorlage: SB9JR/0615/2025	12
7	Besetzung der Ausschüsse	13
7.1	Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und deren Vertreter Vorlage: SB9JR/0190/2025	14
7.2	Vorschlagsliste für die Wahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2025 bis 2030 Vorlage: FB21/0248/2025	14
8	Verteilung der Ausschussvorsitze und der stellv. Ausschussvorsitze sowie Benennung der Ausschussvorsitzenden und deren Vertreter Vorlage: SB9JR/0192/2025	16
8.1	Entscheidung über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung oder eines Sitzungsgeldes für die Vorsitzenden der Ratsausschüsse Vorlage: SB9JR/0193/2025	16
9	Wahl von Ratsmitgliedern in den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration Vorlage: SB9JR/0194/2025	17
10	Wahl der Mitglieder in den Umlegungsausschuss Vorlage: SB9JR/0195/2025	17
11	Wahl von Vertretern in Unternehmen oder Einrichtungen, an denen die Stadt beteiligt ist Vorlage: SB9JR/0083/2025	17
11.1	Wahl von Vertretern in den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Meerbusch GmbH und Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates Vorlage: SB9JR/0196/2025	17
11.2	Wahl von Vertretern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG Vorlage: SB9JR/0245/2025	18
11.3	Besetzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der MWEnergy GmbH Vorlage: SB9JR/0084/2025	19
11.4	Wahl von Vertretern in den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH Vorlage: SB9JR/0197/2025	19
11.5	Besetzung der Mitgliederversammlung des Bauvereins Meerbusch eG Vorlage: SB9JR/0198/2025	20
11.6	Wahl von Vertretern in die Gesellschafterversammlung der Lokalradio Neuss KG Vorlage: SB9JR/0199/2025	20
11.7	Vertreter in der Hauptversammlung und im Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Kreis Viersen AG Vorlage: SB9JR/0085/2025	20
11.8	Entsendung eines Vertreters in die Gesellschafterversammlung der NRW Urban kommunale Entwicklung GmbH Vorlage: SB9JR/0200/2025	20
12	Wahl von Vertretern in Organe von Unternehmen und Organisationen, für welche die Stadt ein Vorschlagsrecht hat	21
12.1	Wahl von Vertretern in die Fluglärmkommission und den Flughafenbeirat Vorlage: SB9JR/0201/2025	21
12.2	Erbentag und Mitgliederversammlung des Deichverbandes Vorlage: SB9JR/0086/2025	21
13	Wahl von Vertretern in Organe von Organisationen, bei denen die Stadt Mitglied ist	21
13.1	Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung und Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen Vorlage: SB9JR/0202/2025	21
13.2	Wahl von Vertretern in die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden Europas Vorlage: SB9JR/0203/2025	22
13.3	Wahl von Vertretern in die Trägerversammlung und den Beirat des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss Vorlage: SB9JR/0247/2025	22
13.4	Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen e.V. Vorlage: SB9JR/0204/2025	22
13.5	Wahl von Mitgliedern in die Mitgliederversammlung des Rheinischen Landestheaters e.V. Vorlage: SB9JR/0205/2025	23
13.6	Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Kulturrums Niederrhein e.V. Vorlage: SB9JR/0206/2025	23
13.7	Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Musikschulen e.V. Vorlage: SB9JR/0207/2025	23
13.8	Bestellung eines Vertreters in die Generalversammlung der KoPart eG Vorlage: SB9JR/0208/2025	23
13.9	Wahl eines Vertreters in die Mitgliederversammlung der GVV Kommunalversicherung VVaG Vorlage: SB9JR/0209/2025	24
13.10	Entsendung eines/r Vertreters/in in den Beirat der Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH Vorlage: SB9JR/0219/2025	24
13.11	Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung und Arbeitsgruppen des Netzwerks Stadtentwicklung NRW Vorlage: SB9JR/0246/2025	24
13.12	Wahl eines Vertreters in die Mitgliederversammlung und den Facharbeitskreis der AGFS Vorlage: SB9JR/0210/2025	24
13.13	Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Zweckverbandsversammlung der ITK-Rheinland Vorlage: SB9JR/0211/2025	25
14	Gewährung von Fraktionszuwendungen und Entschädigungen Vorlage: SB9JR/0212/2025	25
15	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch und Neufassung der Geschäftsordnung Vorlage: SB9JR/0241/2025	26
15.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. frühere Bereitstellung von Sitzungsunterlagen (Ladungsfrist) Vorlage: SB9JR/0611/2025	28
15.2	Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Änderungen der Geschäftsordnung (Abstimmungsquorum und Kinder- und Jugendvertretung) Vorlage: SB9JR/0616/2025	28
16	Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0253/2025	29
17	Anträge	29
18	Anfragen	29
19	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	29
20	Termin der nächsten Sitzung: 18. Dezember 2025	30
21	Verschiedenes	30

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:49 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Herr Utkan Armutlu	
Herr Christian Bößen	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Herr Olaf Geißler	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
Herr Stefan Mosch	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Frau Lydia Tittes	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Peter Vossen	Ratsmitglied
Herr Markus Walke	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied
Frau Inga Werner	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied
Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Ratsmitglied
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied
Herr Christoph Weigele	Ratsmitglied
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied

von der LiGaPa-Fraktion

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Frau Ludmilla Savichev	Ratsmitglied

von der AfD-Fraktion

Herr Sven Becker	Ratsmitglied
Herr Christian Berlin	Ratsmitglied
Herr Zacharias Schalley	Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Dieter Schmoll	Ratsmitglied
Herr Hartwig Spetsmann	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker	Vertreter der Stadt
Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter Ratsbüro
Frau Franziska Salomon	
Herr Dr. Marc Saturra	Leiter Justizariat und Ratsbüro
Frau Bettina Scholten	Beigeordnete

Schriftführer

Herr Tim Hofmeister	Referent des Bürgermeisters
---------------------	-----------------------------

es fehlen:

von der LiGaPa-Fraktion

Herr Andreas Wagner	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der Verwaltung

Herr Christian Volmerich	Stadtkämmerer
--------------------------	---------------

Herr Bommers eröffnet die konstituierende Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch und begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Damen und Herren des Rates und der Verwaltung.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin sagt, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass der Rhein zwischen Krefeld und Dormagen zur Baustelle werde. Es gehe um eine Fahrrinnenvertiefung. Der BUND schätze das Vorgehen als problematisch ein. Sie erfragt, ob seitens der Stadtverwaltung ein aktueller Sachstand hierzu vorliege. Herr Erster und Technischer Beigeordneter Apsel antwortet, dass er von dem Vorhaben bislang keine Kenntnis gehabt habe. Sofern es sich um eine Routinemaßnahme zum Erhalt der Schiffbarkeit des Flusses handle, müsse die Stadt Meerbusch grundsätzlich nicht beteiligt werden. Er sichert zu, dies zu prüfen.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Das angesprochene Planfeststellungsverfahren für die Rheinvertiefung in NRW bezieht sich auf einen Teilabschnitt des Gesamtprojektes W27 „Abladeverbesserung und Sohlenstabilisierung am Rhein zwischen Duisburg und Stürzelberg“ des Bundesverkehrswegeplans 2030, das vom WSA Rhein vorangetrieben wird. Das Projekt soll zwischen Rhein-Kilometer 769,0 und Rhein-Kilometer 722,5 dringend notwendige Maßnahmen für die Schifffahrt umsetzen.

Es handelt sich um einzelne, lokale Vorhaben: Dies sind die Beseitigung von Engstellen und lokale Maßnahmen zum Schutz vor Sohlenerosion. Ziel der Maßnahmen ist, auf der Teilstrecke von Duisburg bis zum Hafen Neuss eine um 30 cm und auf der Strecke zwischen Neuss und Stürzelberg eine um 20 cm tiefere Fahrrinne auszuweisen. Gleichrangiges Ziel ist es die Rheinsohle zu stabilisieren.

Das Projekt ist in vier Teilabschnitte unterteilt. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der natürlichen Gegebenheiten und stellen unterschiedliche Anforderungen an Planung und Ausführung. Als Maßnahme zum ökologischen Ausgleich ist unmittelbar südlich der Projektstrecke die Anlage der „Flutrinne Urdenbacher Kämpe“ vorgesehen. Derzeit ist der Teilabschnitt 2 in der frühen Öffentlichkeitsbeteiligung. Hier sind Rhein-km 737 und 747 (Lausward) sowie Rhein-km 719,8 (Urdenbacher Kämpe) betroffen. An der Urdenbacher Kämpe findet die Maßnahme zum ökologischen Ausgleich (Umgestaltung zur naturnahen Auenlandschaft) statt. Alle Maßnahmen befinden sich auf Düsseldorfer Stadtgebiet. Die Stadt Meerbusch ist hiervon noch nicht betroffen.

Es ist möglich, dass die Stadt Meerbusch als Anrainerkommune im Laufe des Planfeststellungsverfahrens ggf. noch beteiligt wird. Dies ist derzeit aber noch nicht der Fall. Erst in Teilabschnitt 3 ist das Stadtgebiet von Meerbusch direkt betroffen. Hier finden derzeit noch Untersuchungen statt. Genaue Informationen zum Gesamtprojekt und der einzelnen Teilmaßnahmen sind hier zu finden:

https://www.wsa-rhein.wsv.de/Webs/WSA/Rhein/DE/Wasserstrassen/Baumassnahmen_Projekte/AVNR/AVNR_node.htm
/

Weiter erfragt die Bürgerin, warum fünf Bäume auf dem Lehrkräfteparkplatz des Städtischen Martaré-Gymnasiums für den Aufbau der Containeranlage gefällt werden mussten. Ihrer Ansicht nach hätte es alternative Lösungsmöglichkeiten für die Aufstellung gegeben, ohne dass ein Baum hätte gefällt werden müssen. Herr Apsel antwortet, dass in der konkreten Planung einer solchen Maßnahme stets sämtliche Alternativen betrachtet würden. Er versichert, dass die Stadtverwaltung keinen Baum ohne Grund fälle. Er sichert auch hier nochmals eine interne Prüfung zu.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Die Art der Aufstellung der Container wurde intensiv geprüft. Für die Aufstellung der Interimscontaineranlage am Mataré-Gymnasium wurden fünf Platanen gefällt, die am zukünftigen Containerstandort standen. Ohne die Fällung wäre die Aufstellung nicht möglich gewesen. Ein Baum musste aufgrund des Versorgungsgrabens gefällt werden. Darüber hinaus musste ein abgestorbener Baum und ein weiterer wegen erheblicher Schrägstellung gefällt werden.

Zuletzt stellt die Bürgerin fest, dass auf einer Ausgleichsfläche, die für die Böhlerstraße realisiert wurde über drei Wochen eine Nutzung durch einen privaten Garten- und Landschaftsbauer stattgefunden habe. Dieser habe mit schwerstem Gerät Materialien für die Ausstattung eines Hauses auf dem Rheinpfad angeliefert. Auch der Wirtschaftsweg sei massiv genutzt worden. Dadurch sei nun der Boden der Ausgleichsfläche stark verdichtet und die dortigen Bäume könnten leiden. Sie erfragt, ob die Stadtverwaltung hiervon Kenntnis gehabt habe bzw. diese Maßnahme genehmigt habe. Herr Apffel sichert zu, dem nachzugehen.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Die Stadtverwaltung stellt fest, dass für die Nutzung der Wege keine Genehmigung angefordert wurde. Neue sichtbare Schäden auf dem besagten Wirtschaftsweg konnten nicht festgestellt werden. Es wurden lediglich Spurrillen im Bereich einer privaten landwirtschaftlichen Fläche vorgefunden. Eine städtische Fläche war nicht betroffen. Bei Zweifel über die Zulässigkeit einer Befahrung ist möglichst zeitgleich die Polizei als zuständige Behörde für den fließenden Verkehr hinzuzuziehen, damit diese die Rechtmäßigkeit prüfen kann. Im Nachhinein ist dies schwerlich möglich.

Ein Bürger sagt, dass die Situation rund um die Bahnübergänge im Stadtteil Osterath prekär sei. In der Vergangenheit seien wiederholt Störungen aufgetreten, die zu erheblichen Verkehrsverzögerungen führten und sogar Rettungseinsätze behinderten. In dieser Woche habe er die Zerstörung einer Schranke durch einen LKW gesehen. Die Mängel seien der Deutschen Bahn als auch der Kreispolizeibehörde hinlänglich bekannt. Er stellt fest, dass die Deutsche Bahn nicht dazu bereit sei, zusätzliches Geld in bessere Ampelanlagen rund um die Bahnübergänge zu investieren, obwohl dies ein einfaches Instrument zur Erhöhung der Sicherheit sein könnte. Er fragt, wie lange dies so weitergehe und ob die Stadtverwaltung in Kauf nehme, dass weitere Unfälle geschehen. Herr Bommers antwortet, dass die Situation an vielen Bahnübergängen in Osterath misslich sei. Man habe jedoch das Projekt der Bahnunterführung auf den Weg gebracht. Aktuell dürfe man davon ausgehen, dass die Bauarbeiten in der Mitte des kommenden Jahres beginnen. Über die zeitliche Verzögerung und deren Gründe habe man hinlänglich informiert. Man habe den Hinweis bzgl. der Ampelanlage aufgenommen und werde prüfen, ob es vertretbare Möglichkeiten gebe, die seitens der Stadtverwaltung umgesetzt werden könnten, obwohl die Hoheit über die Bahnübergänge bei der Deutschen Bahn liege. Zudem sei man im regelmäßigen Austausch mit dem Unternehmen und werde dies mit in die Gespräche nehmen.

Ergänzung der Stadtverwaltung:

Die Stadtverwaltung steht bereits bzgl. der Schließzeiten mit der Bahn AG im Gespräch. Bezüglich den Reparaturarbeiten wurde von Seiten der Bahn AG mitgeteilt, dass diese voraussichtlich bis Ende des Jahres abgeschlossen sind. Zu den langen Schließzeiten gab die Bahn die Stellungnahme ab, dass aufgrund der deutschlandweiten Sanierungsarbeiten in den Gleisbereichen Umleitungsverkehr manche Strecken zusätzlich belasten. Dies sei wohl auch für die Strecke durch Osterath der Fall.

Weiterhin bleibt die Stadtverwaltung in Kontakt mit der Bahn AG um verkehrliche Problemstellungen zu melden, wie es auch in diesem Fall geschah. Die Leitstelle des Rhein-Kreis Neuss wird regelmäßig über bekannte Baumaßnahmen an den Bahnübergängen informiert und kann so die Rettungskräfte koordinieren.

Bezüglich der Sichtbarkeit der Ampel am Bahnübergang wird darauf hingewiesen, dass diese sich unmittelbar vor dem Übergang am Andreas-Kreuz befindet und dass ein Fahrzeugführer (insbeson-

dere mit Ortskenntnis) dieses Signal bzw. die sich schon absenkende Schranke bei der durchschnittlich umsichtigen Ausfahrt aus dem Gladiolenweg einsehen kann. Von Seiten der Stadtverwaltung wird somit keine Veranlassung gesehen, eine Forderung nach weiteren oder ergänzenden Lichtzeichen zu stellen.

Eine Bürgerin erfragt, ob es zutreffend sei, dass seitens der Stadt Meerbusch Interesse an der von einer Schließung betroffenen evangelischen Kirche im Stadtteil Strümp bestehe und weitergehend, ob eine ökumenische Mitnutzung geplant sei. Herr Bommers antwortet, dass die evangelische Kirchengemeinde diesbezüglich vor einigen Monaten auf die Stadtverwaltung zugekommen sei. Letzterer ist es ein Anliegen, dass auf diesem Grundstück in der Mitte des Stadtgebiets weiterhin ein Ort der Begegnung ermöglicht werde. Man führe derzeit Gespräche mit der Kirchengemeinde. Dieser Kirchengemeinde sei es wichtig, dass ein kirchlicher Raum erhalten bleibe. In den kommenden Terminen werde man über sämtliche Gedanken hierzu sprechen. Im Vorfeld der kommenden Presbyteriums-Sitzung am 08. Dezember 2025 gebe es die Möglichkeit Fragen zur Zukunft der Liegenschaft an das Presbyterium zu richten.

2 Bestellung eines/einer Schriftführers/in und eines/einer stellvertretenden Schriftführers/in **Vorlage: SB9JR/0141/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Tim Hofmeister zum Schriftführer und Frau Franziska Salomon zur stellvertretenden Schriftführerin für die Niederschriften des Rates in der Wahlperiode 2025 bis 2030 zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

3 Vereidigung des Bürgermeisters und Einführung in sein Amt

Herr Bommers übergibt das Wort an den Altersvorsitzenden Ratsherrn van Vreden. Er gratuliert Herrn Bommers zur zurückliegenden Wahl und verpflichtet ihn, das ihm übertragene Amt nach bestem Wissen und Können zu verwalten, Grundgesetz, Verfassung des Landes und Gesetze zu befolgen und zu verteidigen, seine Pflichten gewissenhaft und zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner zu erfüllen sowie Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Im Anschluss legt er Herrn Bürgermeister Bommers die Amtskette um. Herr Bürgermeister Bommers spricht dem Rat und den Bürgerinnen und Bürgern seinen Dank für die Wahl aus und dankt explizit seiner Familie für die Unterstützung in seinem Amt. Weiter erläutert er seine Zielsetzungen und Schwerpunkte für seine Amtszeit als Bürgermeister bis 2030. Die Rede des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage 1 beige-fügt.

4 Einführung und Verpflichtung der Ratsmitglieder

Herr Bürgermeister Bommers führt die Ratsmitglieder, die sich von ihren Plätzen erhoben haben, in ihr Amt ein und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner zu erfüllen.

5 Wahl der stellvertretenden Bürgermeister/innen **Vorlage: SB9JR/0251/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch wählt folgende stellvertretende Bürgermeisterinnen:

1. Ratsfrau Petra Schoppe (CDU)

2. Ratsfrau Barbara Neukirchen (Bündnis90/ Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt geheim. Es werden 50 Stimmen abgegeben, hiervon:

- 42 „Ja“-Stimmen,
- 4 „Nein“-Stimmen,
- 2 Enthaltungen,
- 2 ungültige Stimmen.

Damit wird der Beschluss mehrheitlich gefasst.

Herr Bürgermeister Bommers führt aus, dass sich ein einheitlicher Wahlvorschlag gefunden habe. Zur Wahl werden Ratsfrau Petra Schoppe als erste stellvertretende Bürgermeisterin und Ratsfrau Barbara Neukirchen als zweite stellvertretende Bürgermeisterin vorgeschlagen. Herr Bürgermeister Bommers bitte die Mitglieder des Rates um geheime Stimmenabgabe entsprechend der geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung NRW (GO NRW). Ratsherr Neuhausen und Ratsfrau Dr. Schomberg zählen die abgegebenen Stimmen aus.

Herr Bürgermeister Bommers führt Ratsfrau Schoppe als erste stellvertretende Bürgermeisterin und Ratsfrau Barbara Neukirchen als zweite stellvertretende Bürgermeisterin in feierlicher Form in ihr Amt ein und verpflichtet sie, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Einwohnerinnen und Einwohner zu erfüllen. Anschließend gratuliert Herr Bürgermeister Bommers seinen Vertreterinnen zur Wahl und erklärt, dass er sich auf die Zusammenarbeit freue und überreicht Ihnen einen Blumenstrauß.

6 Bildung von Ausschüssen
Vorlage: SB9JR/0164/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt folgende Ausschüsse für die Legislaturperiode 2025 – 2030 zu bilden:

- Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Wahlausschuss
- Wahlprüfungsausschuss
- Ausschuss für Planung und Liegenschaften
- Ausschuss für Schule und Sport
- Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau
- Sozialausschuss
- Kulturausschuss (auch Denkmalausschuss gem. § 30 Abs.2 Denkmalschutzgesetz NRW)
- Sonderausschuss „Zukunft der Feuerwehr“
- Sonderausschuss „Zukunft der Schulen“

Ferner beschließt der Rat, die Mitgliederzahl in den einzelnen Ausschüssen wie folgt festzulegen:

Ausschuss	Mitgliederzahl	+ beratende Mitglieder
Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss	18	0

Rechnungsprüfungsausschuss	17	0
Wahlausschuss	11	0
Wahlprüfungsausschuss	17	0
Ausschuss für Planung und Liegenschaften	17	1
Ausschuss für Schule und Sport	17	6
Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau	17	1
Sozialausschuss	17	3
Kulturausschuss	17	0
Sonderausschuss „Zukunft der Feuerwehr“	18	0
Sonderausschuss „Zukunft der Schulen“	18	6

Weiterhin beschließt der Rat, die Anzahl der in die Ausschüsse zu wählenden sachkundigen Bürger auf maximal 8 festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7	7		
AfD	3	3		
LiGaPa	2		2	
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	49+1	48	2	

Herr Bürgermeister Bommers berichtet einleitend, dass sich im Vorfeld der Abstimmungen mit den Fraktionen auf die Streichung des Passus „Die Zahl der Vertreter und Vertreterinnen soll in jedem Ausschuss für jede Fraktion auf maximal die doppelte Anzahl der ordentlichen Mitglieder dieser Fraktion beschränkt werden“ geeignet wurde. Daher werde dieser nicht Teil der Beschlussfassung.

Herr Bürgermeister Bommers ruft die eingegangenen Anträge der Fraktionen unter den Tagesordnungspunkten 6.1 bis 6.6 auf. Im Anschluss lässt er über den Beschlussvorschlag unter Tagesordnungspunkt 6 abstimmen. Dieser habe sich aufgrund der eben geführten Beratungen nicht geändert.

6.1 Antrag der AfD-Fraktion bzgl. Einrichtung eines Ausschusses "Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit"

Vorlage: SB9JR/0609/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch bildet einen Ausschuss „Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit“ für die Wahlperiode 2025-2030 mit einer Größe von 17 Mitgliedern.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
FDP	3		3	
Bündnis90/ Die Grünen	8		8	
SPD	7		7	
AfD	3	3		
LiGaPa	2		2	
UWG/ Freie Wähler	2		2	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	49+1	3	47	

Ratsherr Schalley greift den Antrag seiner Fraktion auf. Er sagt, dass die kommunale Ordnungspolitik einer besonderen Aufmerksamkeit verlange. Beispielhaft nennt er die anhaltende Vermüllung des öffentlichen Raumes aber auch die Parkraumkontrollen auf den bisweilen kostenfreien Parkflächen. Der beantragte Ausschuss sei der richtige Ort für Diskussionen über solche Themen.

Ratsherr Damblon teilt mit, dass man in den Fachausschüssen ausreichend Möglichkeiten habe, über die angesprochenen Themen zu diskutieren. Aus diesem Grund lehne seine Fraktion den Antrag ab. Ratsherr Jörgens schließt sich dem an. Ratsherr Schmoll teilt das Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung im Stadtgebiet, sieht die Themen jedoch ausreichend in den bestehenden Ausschüssen abgebildet.

6.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. Einrichtung des Mobilitätsausschusses Vorlage: SB9JR/0610/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, den Ausschuss für Mobilität auch in der neuen Wahlperiode fortzuführen und in der Geschäftsordnung des Rates zu verankern.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
FDP	3		3	
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7	7		
AfD	3		3	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2		2	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	49+1	17	33	

Ratsfrau Dr. Schomberg greift den Antrag ihrer Fraktion auf und sagt, dass die Aufgaben des Ausschusses im Sinne der Entwicklung eines guten Mobilitätskonzeptes noch nicht abgeschlossen seien. Man wolle die Thematik aus dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Bau herauslösen, nicht zuletzt um die Sitzungslänge zu reduzieren.

Ratsherr Peters schließt sich dem an und verweist auf den gleichlautenden Antrag seiner Fraktion unter Tagesordnungspunkt 6.3. Ratsherr Damblon entgegnet, dass der Ausschuss für Mobilität in der vergangenen Ratsperiode aufgrund der Erstellung des Mobilitätskonzeptes sinnig gewesen sei, aktuell jedoch keine Notwendigkeit mehr gesehen werde. Nicht zuletzt sei dies auch eine Einsparmöglichkeit. Ratsherr Jörgens stimmt dem zu. Er stellt heraus, dass es beim Thema Mobilität noch einige Entwicklungspotentiale gebe, diese sollten jedoch im Ausschuss für Umwelt, Klima und Bau diskutiert werden. Sollte besonderer Beratungsbedarf bestehen, sei es sicherlich möglich auch außerhalb des Sitzungskalenders eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses mit Schwerpunkt Mobilität einzuberufen. Ratsherr Berlin schließt sich dem an und sagt, dass die Thematik im Ausschuss für Umwelt, Klima und Bau ausreichend abgebildet sei.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sagt, dass ihre Fraktion dem Antrag folgen und sich hätte eine Zusammenlegung der Thematiken Mobilität und Digitalisierung in einem Ausschuss vorstellen könne.

Herr Bürgermeister Bommers schlägt vor über die gleichlautenden Anträge unter den Tagesordnungspunkten 6.2 und 6.3 gleichzeitig abzustimmen. Die antragstellenden Fraktionen sind damit einverstanden.

6.3 Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung des Mobilitätsausschuss Vorlage: SB9JR/0613/2025

Die Beratung und Abstimmung findet unter Tagesordnungspunkt 6.2 statt.

6.4 Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung des Ausschusses für Digitalisierung und Informationstechnologie Vorlage: SB9JR/0614/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, den Ausschuss für Digitalisierung und Informationstechnologie beizubehalten.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
FDP	3		3	
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7		7	
AfD	3		3	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2		2	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	49+1	10	40	

Ratsherr Peters führt aus, dass man große Herausforderungen in der Digitalisierung vor sich habe. Die Relevanz der Thematik erfordere einen eigenen Ausschuss.

Ratsherr Damblon sagt, dass der Ausschuss für Digitalisierung gegründet worden sei, um ein Digitalisierungskonzept zu etablieren. Dies sei jedoch nicht gefördert worden. Im Anschluss habe sich der Ausschuss ausschließlich mit der Digitalisierung der Stadtverwaltung beschäftigt. Dies sei jedoch keine originäre Aufgabe der Politik. Eine Abhandlung im Hauptausschuss sei sinniger. Aus diesem Grund wolle man diesen mit dem Namenszusatz „Innovation“ versehen. Ratsherr Jörgens stimmt dem zu.

6.5 Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung je eines beratenden Sitzes für Vertreter von Naturschutzverbänden im APL, AKUB und AMO
Vorlage: SB9JR/0612/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt für oben genannte Ausschüsse eine Vertreterin / einen Vertreter der Naturschutzverbände (NABU, BUND) bzw. den ADFC als beratendes Mitglied zuzulassen, mit Rede-, aber ohne Stimmrecht.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
FDP	3		3	
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7	7		
AfD	3		3	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	49+1	19	31	

Ratsherr Peters führt aus, dass man große Herausforderungen in der Digitalisierung vor sich habe. Die Relevanz der Thematik erfordere einen eigenen Ausschuss.

Ratsherr Damblon sagt, dass der Ausschuss für Digitalisierung gegründet worden sei, um ein Digitalisierungskonzept zu etablieren. Dies sei jedoch nicht gefördert worden. Im Anschluss habe sich der Ausschuss ausschließlich mit der Digitalisierung der Stadtverwaltung beschäftigt. Dies sei jedoch keine originäre Aufgabe der Politik. Eine Abhandlung im Hauptausschuss sei sinniger. Aus diesem Grund wolle man diesen mit dem Namenszusatz „Innovation“ versehen. Ratsherr Jörgens stimmt dem zu.

6.6 Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Einrichtung je eines beratenden Sitzes für Vertreter der Schüler*innenvertretung im ASS und AZS
Vorlage: SB9JR/0615/2025

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt für den Ausschuss Schule / Sport und den Sonderausschuss Zukunft Schule ein Mitglied der Schüler*innenvertretung als beratendes Mitglied zuzulassen, mit Rede-, aber ohne Stimmrecht.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschlussvorschlag wird mehrheitlich abgelehnt.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24		24	
FDP	3		3	
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7		1	6
AfD	3		3	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2		2	
Bürgermeister	1		1	
Gesamt	49+1	10	34	6

Ratsherr Peters sagt, dass man die Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler stärken und ihnen die Möglichkeit einer beratenden Partizipation geben wolle.

Herr Dezernent Annacker führt aus, dass sich im § 30 des Neufassungsentwurfs der Geschäftsordnung (Tagesordnungspunkt 15) bereits Ergänzungen anhand der Änderungen in der GO NRW wiederfinden. Diese verlangt, dass sich die Kommune intensiver mit der Jugendbeteiligung auseinandersetze. Hieraus erwachse die Möglichkeit, dass auf Antrag von 400 Jugendlichen eine Kinder- und Jugendvertretung gebildet werden könne. Man wolle den bisher dargestellten Passus jedoch verwaltungsseitig anpassen. Es sei wichtig, den Kindern und Jugendlichen ein niederschwelliges Angebot zu machen. Er schlägt folgende Änderung vor: *„Kinder- und Jugendliche sollen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren in angemessener Weise beteiligt werden. Der Rat entscheidet nach Empfehlungsbeschluss des Jugendhilfeausschusses über die Beteiligungsverfahren und – formen. Darüber hinaus gilt § 27a Abs. 2 bis 4 GO“*. Die Stadtverwaltung arbeite derzeit intensiv an Beteiligungsmöglichkeiten. Jede Schülerin und jeder Schüler der siebten Klasse werde künftig über die Möglichkeit der Jugendbeteiligung informiert.

Ratsfrau Niegeloh sagt, dass die beschriebene Vorgehensweise gut sei. Ratsherr Peters schließt sich dem an, teilt jedoch mit, dass der Antrag seiner Fraktion umfassender sei. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schlägt der Fraktion LiGaPa vor, den Antrag zurückzuziehen, da der dargestellte Vorschlag der Stadtverwaltung zur Diskussion im Jugendhilfeausschuss sinniger erscheine, auch wenn sich der Antrag als solches inhaltlich gut lese. Ratsherr Peters zieht den Antrag nicht zurück.

7 Besetzung der Ausschüsse

Herr Bürgermeister Bommers greift die vorliegende Liste mit Wahlvorschlägen auf. Er teilt mit, dass zunächst ein Losverfahren bzgl. des Wahlausschusses durchzuführen sei. Hier seien ausschließlich zehn ordentliche Mitglieder zu benennen und nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren hätten vier Fraktionen des Rates einen Anspruch auf die drei übrigen Plätze: Bündnis90/ Die Grünen, LiGaPa, FDP und AfD. Herr Bürgermeister Bommers führt das Losverfahren durch und öffnet in der nachstehenden Reihenfolge die Lose: 1) Bündnis90/ Die Grünen, 2) AfD sowie 3) LiGaPa. Die vorgenannten Fraktionen werden bei der Besetzung der Plätze im Wahlausschuss entsprechend berücksichtigt. Die FDP-Fraktion erhält im Umkehrschluss keinen Sitz.

7.1 Wahl der Mitglieder der Ausschüsse und deren Vertreter Vorlage: SB9JR/0190/2025

Beschluss:

Der Rat beschließt, die von ihm gebildeten Ausschüsse wie in der Anlage 1 der Beschlussvorlage dargestellt zu besetzen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes teilt mit, dass ihrer Fraktion bei der Benennung für den Wahlausschuss ein Fehler unterlaufen sei. Sie bittet darum ihren eigenen Namen gegen den der Ratsfrau Niegeloh zu ersetzen. Weiterhin weist sie darauf hin, dass in der Beratungsvorlage fälschlicherweise von der „SDP“ die Rede wäre. Sie gibt weiter zu Protokoll, dass die beabsichtigte Zustimmung zum Vorschlag unter Anlage 1 nicht gleichbedeutend mit der gänzlichen Unterstützung aller dort angegebenen Positionen sei.

Herr Bürgermeister Bommers erfragt, ob alle Ratsmitglieder damit einverstanden seien, dass über den heute hochgeladenen einheitlichen Wahlvorschlag abgestimmt werde. Alle Ratsmitglieder stimmen dem zu, Herr Bürgermeister Bommers darf zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mitstimmen.

Der beschlossene Wahlvorschlag in Anlage 2 der Niederschrift zu entnehmen.

7.2 Vorschlagsliste für die Wahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2025 bis 2030 Vorlage: FB21/0248/2025

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Meerbusch wählt als stimmberechtigte Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

a) gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII i.V.m. § 4 des 1.AG-KJHG NRW neun Ratsmitglieder oder Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind:

1. Ratsfrau Schoppe (CDU)
2. Ratsfrau Docktor (CDU)
3. Ratsherr Armutlu (CDU)
4. Ratsherr Hasebrink (CDU)
5. Ratsherr Becker (Bündnis90/ Die Grünen)
6. Ratsherr Neuhausen (SPD)
7. Ratsherr Jörgens (FDP)
8. Frau Zoe-Marie Berlin (AfD)
9. Herr Guido Fliege (LiGaPa)

b) gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII i.V.m. § 4 des 1.AG-KJHG NRW sechs Männer und Frauen auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Meerbusch wirkenden und anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

1. Herr Sebastian Niesen (Die Paritätische – Kreisgruppe Rhein-Kreis Neuss)
2. Frau Böcker-Lehmhaus (NABU Naturschutzbund – Kreisverband Neuss)
3. Frau Elisabeth Funke (OBV Meerbusch e.V.)
4. Frau Angelika Schumann (Verein für Kindertagespflegepersonen Meerbusch e.V.)
5. Herr Christian Bößen (Förderkreis der Lanker Pfadfinder/ DKBJ)
6. Herr Peter Dietz (Stadt-Sport-Verband e.V. Meerbusch)

2. Der Rat der Stadt Meerbusch wählt als persönliche stimmberechtigte stellvertretende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses

a) als Stellvertreter/in des Mitglieds gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII i.V.m. § 4 des 1.AGKJHG NRW

1. Vertreter Ratsherr Kräling (CDU)
2. Vertreter Ratsherr Mosch (CDU)
3. Vertreter Ratsherr Pricken (CDU)
4. Vertreter Ratsherr Frank (CDU)
5. Vertreter Ratsherr Mocka (Bündnis 90/Die Grünen)
6. Vertreterin Ratsfrau Kohn (SPD)
7. Vertreter Ratsherr Betholdt (FDP)
8. Vertreter Ratsherr Berlin (AfD)
9. Vertreterin Ratsfrau Savichev (LiGaPa)

b) als Stellvertreter/in des Mitglieds gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII i.V.m. § 4 des 1.AGKJHG NRW

1. Herr Wolf Meyer-Ricks (NABU Naturschutzbund – Kreisverband Neuss)
2. Herr Michael Wendt (OBV Meerbusch e.V.)
3. Herr Guido Fliege (Verein für Kindertagespflegepersonen Meerbusch e.V.)
4. Herr Steffen Mauritz (Förderkreis der Lanker Pfadfinder/ DKBJ)
5. Herr Holger Tiggelkamp (Stadt-Sport-Verband e.V. Meerbusch)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsherr Neuhausen moniert, dass es künftig nur noch einen persönlichen Vertreter/ eine persönliche Vertreterin für die Mitglieder des Ausschusses gebe. Herr Annacker antwortet, dass gemäß § 4 Abs. 3 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) lediglich eine persönliche Stellvertretung für jedes stimmberechtigte Mitglied zu wählen sei.

Ratsherr Damblon beantragt im Namen der Fraktionen CDU und FDP die Benennung der folgenden Personen nebst Stellvertretungen gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage aus den Wohlfahrtsverbänden:

1. Herr Sebastian Niesen (Die Paritätische – Kreisgruppe Rhein-Kreis Neuss)
2. Frau Böcker-Lehmhaus (NABU Naturschutzbund – Kreisverband Neuss)
3. Frau Elisabeth Funke (OBV Meerbusch e.V.)
4. Frau Angelika Schumann (Tagesmütter e.V.)
5. Herr Christian Bößen (Förderkreis der Lanker Pfadfinder/ DKBJ)
6. Herr Peter Dietz (Stadt-Sport-Verband e.V. Meerbusch)

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes schlägt vor, den AWO Kreisverband Neuss anstelle der Paritätischen Kreisgruppe des Rhein-Kreises Neuss zu benennen.

Herr Bürgermeister Bommers lässt zunächst über den von Ratsherr Damblon gestellten Antrag abstimmen.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
FDP	3	3		

Bündnis90/ Die Grünen	8		8	
SPD	7		7	
AfD	3	3		
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Gesamt	49	34	15	

Dieser wird mehrheitlich angenommen, weshalb eine Abstimmung über den Antrag von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes nicht von Nöten war.

8 Verteilung der Ausschussvorsitze und der stellv. Ausschussvorsitze sowie Benennung der Ausschussvorsitzenden und deren Vertreter Vorlage: SB9JR/0192/2025

Beschluss:

Die Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze werden wie folgt besetzt:

Ausschuss	Vorsitz	stellvertretender Vorsitz
Rechnungsprüfungsausschuss	Ratsherr Hasebrink	Ratsherr Trautmann
Sozialausschuss	Ratsherr Focken	Ratsherr Mosch
Ausschuss für Schule und Sport	Ratsherr Kräling	Ratsherr Trautmann
Kulturausschuss	Ratsherr Jung	Ratsfrau Niegeloh
Ausschuss für Planung und Liegenschaften	Ratsherr Damblon	Ratsfrau Kanders
Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau	Ratsfrau Neukirchen	Ratsherr Dr. Nieberding
Wahlprüfungsausschuss	Ratsherr Walke	Ratsherr Kräling

Den Vorsitz im Sonderausschuss „Zukunft der Feuerwehr“, dem Ausschuss „Zukunft der Schulen“ sowie im Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss führt der Bürgermeister.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

8.1 Entscheidung über die Gewährung einer Aufwandsentschädigung oder eines Sitzungsgeldes für die Vorsitzenden der Ratsausschüsse Vorlage: SB9JR/0193/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 46 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW i.V.m. § 5 Abs. 5 EntschVO NRW erhalten, gemäß § 46 Abs. 2 GO NRW folgende Ausschüsse auszunehmen: Ausschuss für Planung und Liegenschaften, Ausschuss für Klima, Umwelt, Bau, Jugendhilfeausschuss, Sozialausschuss, Ausschuss für Schule und Sport, Kulturausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst

**9 Wahl von Ratsmitgliedern in den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
Vorlage: SB9JR/0194/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt bestellt folgende Mitglieder in den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration:

1. Ratsherr Frank (CDU)
2. Ratsherr Pricken (CDU)
3. Ratsherr Mocka (Bündnis90/ Die Grünen)
4. Ratsherr Focken (SPD)

sowie als Stellvertreterinnen/ Stellvertreter

1. Herr Heinz-Berend Jansen (CDU)
2. Frau Nicole Joliet-Heising (CDU)
3. Herr Noah Mihan-Nejad (CDU)
4. Ratsherr Behlen (Bündnis90/ Die Grünen)
5. Ratsfrau Winter (Bündnis90/ Die Grünen)
6. Ratsherr Weigele (Bündnis90/ Die Grünen)
7. Ratsfrau Kanders (Bündnis90/ Die Grünen)
8. Ratsfrau Werner (SPD)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst

**10 Wahl der Mitglieder in den Umlegungsausschuss
Vorlage: SB9JR/0195/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt wählt folgende Ratsmitglieder in den Umlegungsausschuss:

1. Ratsherr Dr. Nieberding sowie Stellvertreter: Ratsherr Pricken (CDU)
2. Ratsfrau Kanders (Bündnis90/ Die Grünen) sowie Stellvertreter: Herr Bernd Radmacher (Bündnis90/ Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst

**11 Wahl von Vertretern in Unternehmen oder Einrichtungen, an denen die Stadt beteiligt ist
Vorlage: SB9JR/0083/2025**

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**11.1 Wahl von Vertretern in den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Meerbusch GmbH und Wahl des Vorsitzenden des Aufsichtsrates
Vorlage: SB9JR/0196/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Mitglieder in die Gremien der Stadtwerke Meerbusch GmbH zu entsenden:

Aufsichtsrat:

1. Bürgermeister Bommers
2. Ratsherr Damblon (CDU)
3. Ratsherr Hasebrink (CDU)
4. Ratsherr Jung (CDU)
5. Ratsherr Mocka (Bündnis 90/ Die Grünen)
6. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes (SPD)
7. Ratsherr Trautmann (FDP)

Daneben wird Herr Stadtkämmerer Volmerich als beratendes Mitglied entsandt.

Vorsitzender des Aufsichtsrats:

1. Ratsherr Damblon

Gesellschafterversammlung:

1. Bürgermeister Bommers, Vertreter: Stadtkämmerer Volmerich
2. Ratsherr Damblon (CDU), Vertreter Ratsherr Dr. Nieberding (CDU)
3. Ratsherr Walke (CDU), Vertreter Ratsherr Frank (CDU)
4. Ratsfrau Schoppe (CDU), Vertreter Ratsherr von Canstein (CDU)
5. Ratsfrau Winter (Bündnis 90/Die Grünen), Vertreterin Ratsfrau Dr. Schomberg (Bündnis 90/Die Grünen)
6. Ratsfrau Niegeloh (SPD), Vertreter Ratsherr Neuhausen (SPD)
7. Ratsherr Peters (LiGaPa), Vertreter Ratsherr Wagner (LiGaPa)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7	7		
AfD	3		3	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	49+1	47	3	

Ratsherr Damblon teilt mit, dass sich die Fraktionen der CDU, Bündnis90/ Die Grünen, SPD, FDP, LiGaPa und der UWG/ Freie Wähler zu einer Zählgemeinschaft zusammengeschlossen hätten und diese daher einen abgestimmten Vorschlag vorlege.

11.2 Wahl von Vertretern in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG
Vorlage: SB9JR/0245/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Vertreter in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG zu entsenden:

1. Bürgermeister Bommers

2. Ratsherr Damblon (CDU)
3. Ratsherr Jung (CDU)
4. Ratsherr Mocka (Bündnis 90/Die Grünen)

Daneben wird Stadtkämmerer Volmerich als beratendes Mitglied entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7	7		
AfD	2		2	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	48+1	47	2	

**11.3 Besetzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der MWEnergy GmbH
Vorlage: SB9JR/0084/2025**

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Herr Bürgermeister Bommers erläutert, dass die Zusammenarbeit in einem Konsortialvertrag geregelt sei und daraus wiederum hervorgehe, dass die Besetzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung der MWEnergy GmbH personenidentisch mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG sei. Der Konsortialvertrag lege weiter fest, dass die jeweils amtierenden Bürgermeister der Städte Willich und Meerbusch als Vertreter in der Gesellschafterversammlung benannt werden. Aus diesem Grund sei keine gesonderte Abstimmung von Nöten.

**11.4 Wahl von Vertretern in den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH
Vorlage: SB9JR/0197/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Gremien der Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss GmbH zu entsenden:

In den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft

1. Frau Denise Pottbäcker (Dezernat III/ Umwelt)
2. Ratsfrau Werner, Vertreterin Ratsfrau Niegeloh

In die Gesellschafterversammlung

1. Erster und Technischer Beigeordneter Apffel

Weiterhin beschließt der Rat, den Bürgermeister zu berechtigen, im Falle der Verhinderung von Herrn Apsel, einen Vertreter/ eine Vertreterin in die Gesellschafterversammlung zu entsenden, ohne dass es eines weiteren Ratsbeschlusses bedarf.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes schlägt seitens der SPD-Fraktion Ratsfrau Werner sowie als Vertretung Ratsfrau Niegeloh vor.

11.5 Besetzung der Mitgliederversammlung des Bauvereins Meerbusch eG
Vorlage: SB9JR/0198/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, die Mitgliederversammlung des Bauvereins Meerbusch eG wie folgt zu besetzen: Erster und Technischer Beigeordneter Apsel (Vertretung durch Herrn Dezerenten Annacker).

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Herr Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass derzeit Frau Nicole Joliet-Heising für den Aufsichtsrat bestellt sei und ihre Amtszeit im Sommer 2028 ende. Diese Besetzung bleibe durch die Wahl des Rates unberührt.

11.6 Wahl von Vertretern in die Gesellschafterversammlung der Lokalradio Neuss KG
Vorlage: SB9JR/0199/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, in die Gesellschafterversammlung der Lokalradio Kreis Neuss GmbH und Co. KG zu entsenden: Bürgermeister Bommers; Vertreter: Stadtkämmerer Volmerich

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

11.7 Vertreter in der Hauptversammlung und im Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft des Kreis Viersen AG
Vorlage: SB9JR/0085/2025

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

11.8 Entsendung eines Vertreters in die Gesellschafterversammlung der NRW Urban kommunale Entwicklung GmbH
Vorlage: SB9JR/0200/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, in die Gesellschafterversammlung der NRW Urban kommunale Entwicklung GmbH zu entsenden: Erster und Technischer Beigeordneter Apsel, Vertreter: Stadtkämmerer Volmerich.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

12 Wahl von Vertretern in Organe von Unternehmen und Organisationen, für welche die Stadt ein Vorschlagsrecht hat

**12.1 Wahl von Vertretern in die Fluglärmkommission und den Flughafenbeirat
Vorlage: SB9JR/0201/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Gremien des Flughafens zu entsenden:

Fluglärmkommission:

Bürgermeister Bommers; Vertreter: Erster und Technischer Beigeordneter Apsel

Flughafenbeirat:

Bürgermeister Bommers; Vertreter: Erster und Technischer Beigeordneter Apsel

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**12.2 Erbentag und Mitgliederversammlung des Deichverbandes
Vorlage: SB9JR/0086/2025**

Der Rat der Stadt Meerbusch nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

13 Wahl von Vertretern in Organe von Organisationen, bei denen die Stadt Mitglied ist

**13.1 Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung und Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen
Vorlage: SB9JR/0202/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Vertreter in die Mitgliederversammlung und die Arbeitsgemeinschaften des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen zu entsenden:

1. Bürgermeister Bommers, Vertreter Erster und Technischer Beigeordneter Apsel
2. Beigeordnete Scholten, Vertreter Dezernent Annacker
3. Ratsherr Vossen (CDU), Vertreter Ratsherr van Vreden (CDU)
4. Ratsherr Fischer (CDU), Vertreter Ratsherr Hoppe (CDU)
5. Ratsherr Jung (CDU), Vertreterin Ratsfrau Docktor (CDU)
6. Ratsherr Behlen (Bündnis 90/Die Grünen), Vertreterin Ratsfrau Neukirchen (Bündnis 90/Die Grünen)
7. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes (SPD), Vertreter Ratsherr Banse (SPD)
8. Ratsherr Peters (LiGaPa), Vertreter Ratsherr Jörgens (FDP)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
FDP	3	3		

Bündnis90/ Die Grünen	8	8		
SPD	7	7		
AfD	3		3	
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	49+1	47	3	

Ratsherr Damblon sagt, dass sich auch hier die Zählgemeinschaft entsprechend des Tagesordnungspunktes 11.1 auf einen Vorschlag geeinigt habe.

13.2 Wahl von Vertretern in die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden Europas Vorlage: SB9JR/0203/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, als Delegierte in die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden Europas den Bürgermeister und seine beiden Stellvertreterinnen zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

13.3 Wahl von Vertretern in die Trägerversammlung und den Beirat des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss Vorlage: SB9JR/0247/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Trägerversammlung des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss zu bestellen: Bürgermeister Bommers, Vertreter: Dezernent Annacker

Der Rat beschließt ferner, Dezernent Annacker in den Beirat des Jobcenters Rhein-Kreis Neuss zu entsenden. Als Vertreter wird Fachbereichsleiterin Kümmel benannt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

13.4 Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen e.V. Vorlage: SB9JR/0204/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Mitgliederversammlung des Landesverbandes der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen zu entsenden: Fachbereichsleiter Schule, Sport, Kultur Jansen, Vertreterin Frau Delassalle-Wischert (Leiterin der VHS).

Die Bestellung beinhaltet gegebenenfalls die Übernahme von Aufgaben in weiteren Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.5 Wahl von Mitgliedern in die Mitgliederversammlung des Rheinischen Landestheaters e.V.
Vorlage: SB9JR/0205/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Mitgliederversammlung des Rheinischen Landestheaters Neuss e. V. zu entsenden: Dezernent Annacker; Vertreter: Städtischer Verwaltungsdirektor Jansen.

Die Bestellung beinhaltet gegebenenfalls die Übernahme von Aufgaben in weiteren Gremien

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.6 Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Kulturraums Niederrhein e.V.
Vorlage: SB9JR/0206/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Mitgliederversammlung des Kulturraums Niederrhein e. V. zu entsenden: Dezernent Annacker; Vertreter: Städtischer Verwaltungsdirektor Jansen

Die Bestellung beinhaltet gegebenenfalls die Übernahme von Aufgaben in weiteren Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.7 Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung des Landesverbands der Musikschulen e.V.
Vorlage: SB9JR/0207/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, folgende Personen in die Mitgliederversammlung des Landesverbands der Musikschulen in Nordrhein-Westfalen zu entsenden: Fachbereichsleiter Schule, Sport, Kultur Jansen; Vertreterin: Verwaltungsangestellte Burbulla

Die Bestellung beinhaltet gegebenenfalls die Übernahme von Aufgaben in weiteren Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.8 Bestellung eines Vertreters in die Generalversammlung der KoPart eG
Vorlage: SB9JR/0208/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, in die Generalversammlung der KoPart eG (Interkommunale Einkaufsgenossenschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW) zu entsenden: Bereichsleiter des Service Zentrale Dienste Herr Patrick Wirtz, Vertreter: Herr Thorsten Voß

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.9 Wahl eines Vertreters in die Mitgliederversammlung der GVV Kommunalversicherung VVaG
Vorlage: SB9JR/0209/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, in die Mitgliederversammlung der GVV Kommunalversicherung VVaG folgende Mitglieder zu entsenden: Dr. Marc Saturra (Leiter Büro des Bürgermeisters und Justizariat), Vertreterin: Lisa Mielke (Justiziarin).

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.10 Entsendung eines/r Vertreters/in in den Beirat der Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH
Vorlage: SB9JR/0219/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, Herrn Ersten und Technischen Beigeordneten Andreas Apsel als Vertreter in den Beirat der Service- und Koordinierungsgesellschaft für preisgünstigen und bezahlbaren Wohnraum Rhein-Kreis Neuss mbH zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.11 Wahl von Vertretern in die Mitgliederversammlung und Arbeitsgruppen des Netzwerks Stadtentwicklung NRW
Vorlage: SB9JR/0246/2025**

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Matthias Pöll (Fachbereich 4 - Stadtplanung und Bauordnung) in die Mitgliederversammlung des Netzwerks Stadtentwicklung NRW zu entsenden.

Herr Matthias Pöll nimmt des Weiteren an der AG Stadtumbau teil, für die AG Baulandmanagement ist die Bereichsleitung des FB 6 Grundstücke, Bodenordnung und Vermessung und für die AG Innenstadt die Leitung des Stadtmarketings benannt.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

**13.12 Wahl eines Vertreters in die Mitgliederversammlung und den Facharbeitskreis der AGFS
Vorlage: SB9JR/0210/2025**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, in die Mitgliederversammlung der AGFS zu entsenden: Ersten und Technischen Beigeordneten Apsel, Vertreterin: Frau Frey (Bereichsleiterin Umwelt und Klimaschutz)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

13.13 Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Zweckverbandsversammlung der ITK-Rheinland
Vorlage: SB9JR/0211/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, in die Verbandsversammlung der ITK Rheinland folgende Mitglieder zu entsenden:

1. Beigeordnete Bettina Scholten, Vertreter Patrick Wirtz
2. Ratsherr Frank (CDU), Vertreter Ratsherr van Vreden (CDU)
3. Ratsherr Mocka (Bündnis 90/Die Grünen), Vertreter Ratsherr Weigele (Bündnis 90/Die Grünen)

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

14 Gewährung von Fraktionszuwendungen und Entschädigungen
Vorlage: SB9JR/0212/2025

Beschluss:

Der Rat beschließt hinsichtlich der Festlegung der Zuschüsse zu den Geschäftsbedürfnissen der Fraktionen, den Sockelbetrag je Fraktion auf 3.300,00 € pro Jahr und den Zuschuss je Ratsmitglied auf 1.200,00 € pro Jahr festzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt namentlich. Der Beschluss wird mehrheitlich (45 „ja“- , 5 „nein“-Stimmen) gefasst.

Ratsherr/ Ratsfrau (Fraktion)	stimmt ab mit
Armutlu (CDU)	ja
Banse (SPD)	ja
Becker (AfD)	nein
Behlen (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Berlin (AfD)	nein
Bertholdt (FDP)	ja
Bommers (Bürgermeister/ CDU)	ja
Bößen (CDU)	ja
Damblon (CDU)	ja
Dammer (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Docktor (CDU)	ja
Fischer (CDU)	ja
Focken (SPD)	ja
Frank (CDU)	ja
Geißler (CDU)	ja
Harms (CDU)	ja
Hasebrink (CDU)	ja
Hoppe (CDU)	ja
Jörgens (FDP)	ja
Jung (CDU)	ja
Kanders (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Kohn (SPD)	ja
Köser (CDU)	ja

Kräling (CDU)	ja
Mocka (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Mosch (CDU)	ja
Neuhausen (SPD)	ja
Neukirchen (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Dr. Nieberding (CDU)	ja
Niederellmann-Siemes (SPD)	ja
Niegeloh (SPD)	ja
Peters (LiGaPa)	nein
Pricken (CDU)	ja
Savichev (LiGaPa)	nein
Schalley (AfD)	nein
Schmoll (UWG/ Freie Wähler)	ja
Dr. Schomberg (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Schoppe (CDU)	ja
Spetsmann (UWG/ Freie Wähler)	ja
Thywissen (CDU)	ja
Tittes (CDU)	ja
Trautmann (FDP)	ja
van Vreden (CDU)	ja
Vossen (CDU)	ja
Dr. von Canstein (CDU)	ja
Walke (CDU)	ja
Wartchow (CDU)	ja
Weigele (Bündnis90/ Die Grünen)	ja
Werner (SPD)	ja
Winter (Bündnis90/ Die Grünen)	ja

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass zuletzt vor einem Jahr eine Erhöhung beschlossen worden sei. Eine nochmalige Erhöhung sei nicht mit einer notwendigen Konsolidierung des städtischen Haushaltes vereinbar und daher unangemessen. Ratsherr Schalley schließt sich den Ausführungen an und ergänzt, dass die in der Beschlussvorlage angesprochene Inflation alle Bürgerinnen und Bürger treffe, nicht ausschließlich die Politik. Dies sei ein falsches Signal an die Bevölkerung.

Ratsfrau Niederellmann-Siemes entgegnet, dass es hier um die Ausstattung der Fraktionen gehe und damit um den Erhalt der Arbeitsfähigkeit dieser. Damit unterstütze man unmittelbar die Demokratie vor Ort. Sie sehe den angesetzten Betrag aufgrund der gestiegenen Kosten als noch zu gering an. Ratsherr Damblon schließt sich dem an. Die Höhe des Betrages gewähre lediglich einen Inflationsausgleich. Im Vergleich zu anderen Kommunen sei der Betrag weiterhin gering. Ratsherr Schalley beantragt vor dem Hintergrund der Ausführungen der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung.

Herr Bürgermeister Bommers ruft alle anwesenden Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge auf und bittet um Mitteilung Ihres Abstimmungsverhaltens.

15 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch und Neufassung der Geschäftsordnung Vorlage: SB9JR/0241/2025

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Meerbusch.
2. Der Rat beschließt die Neufassung seiner Geschäftsordnung (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt geheim. Es werden 50 Stimmen abgegeben, hiervon:

43 „Ja“-Stimmen,
6 „Nein“-Stimmen,
1 Enthaltung.

Damit wird der Beschluss mehrheitlich gefasst.

Zunächst ruft Herr Bürgermeister Bommers die Änderungsanträge unter den Tagesordnungspunkten 15.1 und 15.2 auf.

Im Anschluss stellt Ratsfrau Kohn bzgl. des beabsichtigten § 22 der Geschäftsordnung des Rates („Ordnung in den Sitzungen“) fest, dass Äußerungen, die nicht im Einklang mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung stünden, in jedem Falle zu unterbinden und ggfs. zu maßregeln seien. Für Sie erscheine der Paragraph sehr formal juristisch formuliert. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass dies obligatorisch sei und sichert ihr zu, dass er bei der Sitzungsleitung hierauf in besonderem Maß achten werde.

Ratsherr Focken hält die in der Hauptsatzung vorgenommenen Änderungen bzgl. des Ausschusses für Chancengleichheit und Integration für bedenklich. § 8 Abs. 3 sehe lediglich eine Information des Ausschusses – und keine Beteiligung – vor. Dies widerspreche den Regelungen der GO NRW. Herr Dr. Saturra entgegnet, dass der Umfang dieses Paragraphen seinen Ursprung in der alten Hauptsatzung habe; man habe bewusst schon mehr geregelt als es die neue Musterhauptsatzung vorsehe. Seiner Ansicht nach seien die Regelungen des Absatzes nicht falsch. Die Zuständigkeitsordnung des Rates müsse ohnehin noch geändert werden. Hier könne man ergänzende Regelungen treffen.

Ratsfrau Dr. Schomberg greift den beabsichtigten § 26 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Rates auf. Dort sei angegeben, dass die §§ 16, 17 der Geschäftsordnung nicht für sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gelte. Dies sei problematisch. Herr Dr. Saturra antwortet, dass es einen Unterschied zwischen sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern (haben in Ausschüssen ein Stimmrecht) sowie sachkundige Einwohnerinnen und Einwohnern (seien lediglich beratende Mitglieder in Ausschüssen) gebe. Dies regule der § 58 GO NRW und habe nichts mit dem Wahlrecht zu tun. Ratsfrau Dr. Schomberg nennt dies verwirrend und bittet um einen erläuternden Klammerzusatz („beratende Mitglieder“) in der finalen Fassung der Geschäftsordnung. Herr Dr. Saturra sagt dies zu.

Ratsherr Schalley stellt fest, dass der Minderheitenschutz in den Gremien durch die Regelungen der Geschäftsordnung beschnitten werde. Dies entspreche nicht dem Demokratieverständnis seiner Fraktion. Herr Dr. Saturra stellt fest, dass diese Änderung durch den Landesgesetzgeber für alle Kommunen verpflichtend sei. Die Regelung des 1/5-Quorums sei der GO NRW zu entnehmen und in der Geschäftsordnung des Rates nur nachempfunden. Die Stadtverwaltung sei hieran gebunden, zumal die Änderung der GO NRW ebenfalls in einem demokratischen Prozess beschlossen worden sei. Ratsherr Schalley beantragt geheime Abstimmung und appelliert an die Ratsleute, durch ihr Wahlverhalten ein Zeichen für den Minderheitenschutz im Stadtrat zu setzen.

Herr Bürgermeister Bommers stellt vor Abstimmung fest, dass der Tagesordnungspunkt 15.1 angenommen wurde und entsprechend in die Geschäftsordnung übernommen werde. Gleichsam werde der von Herrn Annacker vorgebrachte Vorschlag unter Tagesordnungspunkt 15.2 ergänzt. Anschließend lässt er geheim über den Beschlussvorschlag abstimmen.

15.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bzgl. frühere Bereitstellung von Sitzungsunterlagen (Ladungsfrist)
Vorlage: SB9JR/0611/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt, dass die Verwaltung die Fristen zur Bereitstellung der Unterlagen für Ratssitzungen und Ausschussberatungen anpasst. Diese soll nun nicht wie bisher 14 Tage vor dem jeweiligen Sitzungstermin veröffentlicht werden, sondern jeweils am Freitag der Vorwoche. Dies entspricht je nach Sitzungsdatum einer Frist von bis zu 14 + X Tagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird einstimmig gefasst.

Ratsherr Mocka teilt mit, dass ein früherer Eingang der Unterlagen die Arbeit der Fraktionen erheblich verbessern würde. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes kann dem grundsätzlich folgen. Es sei ihrer Ansicht nach jedoch zu klären, wann Anträge seitens der Fraktionen einzureichen wären. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass man den Wunsch grundsätzlich nachvollziehen könne, dass dieser jedoch in der täglichen Praxis zu einer deutlichen Mehrbelastung der Stadtverwaltung führe. Ratsherr Damblon sagt, dass man in seiner Fraktion kontrovers diskutiert habe. Es dürfe nicht dazu führen, dass man in den Sitzungen hauptsächlich auf Tischvorlagen zugreifen könne. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, jedoch bittet er darum, dass man das Verfahren nach einem halben Jahr evaluiere. Herr Bürgermeister Bommers hält diesen Vorschlag für zunächst tragbar, weist jedoch bereits daraufhin, dass zunächst mit Verzögerungen bei der Umsetzung des Beschlusses zu rechnen sei. Die Fachbereiche müssten ihre internen Arbeitsweisen auf die neuen Fristen anpassen, was zunächst zu einer verspäteten Bereitstellung von Beschlussvorlagen führen könne.

15.2 Antrag der Fraktion LiGaPa bzgl. Änderungen der Geschäftsordnung (Abstimmungsquorum und Kinder- und Jugendvertretung)
Vorlage: SB9JR/0616/2025

Ratsherr Peters erfragt ob der Antrag seiner Fraktion unter 1) möglich wäre oder ob dies durch Regelungen der GO NRW bindend sei. Er stellt weiter fest, dass dies ein erneuter Versuch der Landesregierung sei, die Arbeit von kleineren Fraktionen oder Einzelratsmitgliedern zu erschweren. Herr Dr. Saturra antwortet, dass die zugrunde liegende Regelung in § 50 Abs. 2 GO NRW bindend sei. Durch eine Etablierung eines niedrigeren Quorums in der Geschäftsordnung würde man das gesetzlich festgelegte Quorum (1/5) unterschreiten, was vom Landesgesetzgeber gerade nicht mehr gewollt sei. Anschließend zieht Ratsherr Peters den Antrag unter 1) zurück.

Ratsherr Peters geht auf den Antrag seiner Fraktion unter 2) ein. Aufgrund der Ausführungen von Herrn Annacker unter Tagesordnungspunkt 6.6 sehe man den Antrag als bereits erledigt an, jedoch solle der von Herrn Annacker zitierte Passus festgehalten werden. Herr Annacker wiederholt den Passus *„Kinder- und Jugendliche sollen bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren in angemessener Weise beteiligt werden. Der Rat entscheidet nach Empfehlungsbeschluss des Jugendhilfeausschusses über die Beteiligungsverfahren und – formen. Darüber hinaus gilt § 27a Abs. 2 bis 4 GO“*.

Ratsfrau Winter erfragt, ob eine Anbindung an den Jugendhilfeausschuss zwingend notwendig sei. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen solle niederschwellig sein und betreffe alle Politikfelder. Dadurch sei eine Beratung im Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss ihrer Ansicht nach sinniger. Herr Annacker antwortet, dass der Jugendhilfeausschuss gemäß der gesetzlichen Vorgaben stets in allen Belangen, die Kinder und Jugendliche betreffen, zu hören sei. Daher biete sich ein Empfehlungsbeschluss dieses Ausschusses an den Rat an. Der Rat habe anschließend die Möglichkeit, in breiter Besetzung über die Empfehlung zu beraten. Er sagt, dass die Änderung der Geschäftsord-

nung sich nicht über die gesetzlichen Regelungen hinwegsetzen könne. Herr Dr. Saturra ergänzt, dass beim Vorliegen eines Antrages auf Einrichtung einer Jugendvertretung zwingend der Rat hierüber zu entscheiden hätte. Dies spreche bei weiteren Beteiligungsformen auch für eine abschließende Entscheidung durch den Rat und nicht durch den Haupt-, Finanz- und Innovationsausschuss. Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fügt hinzu, dass man hier eine verbindliche Evaluation der dann beschlossenen Vorgehensweise festlegen sollte. Ratsherr Trautmann erfragt, welche Definitionen für die Feststellung des Kindes- oder Jugendlichen-Begriffs herangezogen werden sollen. Herr Annacker antwortet, dass hier die gesetzlichen Definitionen gelten sollten (Kinder: bis 13 Jahre, Jugendliche: bis 18 Jahre).

Ratsherr Peters stellt den Antrag unter 2) zurück, bittet jedoch darum, dass eine der heutigen Beratung entsprechende Beschlussvorlage zeitnah erfolge.

16 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/0253/2025

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird mehrheitlich gefasst.

Rat	Stimmen	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	24	24		
FDP	3	3		
Bündnis90/ Die Grünen	8	5	1	2
SPD	7	7		
AfD	3	3		
LiGaPa	2	2		
UWG/ Freie Wähler	2	2		
Bürgermeister	1	1		
Gesamt	49+1	47	1	2

Ratsherr Schmoll äußert, dass das Offenhalten für die Betriebe enorm wichtig sei.

17 Anträge

keine

18 Anfragen

keine

19 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Herr Bürgermeister Bommers greift den Beschluss des Rates aus der Sitzung vom 20. Februar 2025 bzgl. der Einführung des Kfz-Kennzeichens (Ortskennung) „MEE“ auf. Hier habe sich die Stadtverwaltung einer Initiative rund um mehr als 40 nordrhein-westfälische Kommunen angeschlossen. Sei-

tens dieser Initiative erfolgte ein Schreiben an das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalens (MUNV NRW) mit der Bitte die Initiative wohlwollend zu unterstützen. Nunmehr erfolgte eine Beantwortung seitens des MUNV NRW. Hieraus gehe hervor, dass der Landkreistag um Stellungnahme bezüglich der Einführung neuer Unterscheidungskennzeichen gebeten wurde. Dieser spricht sich grundsätzlich gegen die Initiative aus. Auch die Mehrheit der Länder lehne die Einführung ab. Vor diesem Hintergrund teilt das MUNV NRW mit, dass die Landesregierung derzeit nicht beabsichtige, eine Initiative im Bundesrat oder in der Verkehrsministerkonferenz zu starten.

Herr Bürgermeister Bommers weist auf die bevorstehende Veranstaltung des Freundeskreises Meerbusch-Shijonawate in Zusammenarbeit mit dem japanischen Generalkonsulat Düsseldorf am 13. Dezember 2025 ab 10:30 Uhr in der Stadtbibliothek Meerbusch (Standort Büderich) hin. Anlässlich des 15ten Jahrestages der Beurkundung der Städtepartnerschaft mit der japanischen Stadt Shijonawate finde dort ein „Tag der Freundschaft“ statt. Es sei ein buntes Programm mit Vorträgen, Spielen und japanischen Snacks geplant. Er spricht eine herzliche Einladung aus.

Herr Bürgermeister Bommers informiert zudem darüber, dass nunmehr an den Ortseingängen der Stadt die Schilder mit den Meerbuscher Partnerstädten angepasst worden seien und die ukrainische Stadt Fastiv hinzugefügt wurde. Des Weiteren sei das Design der Schilder zu Gunsten einer guten Lesbarkeit angepasst worden. Das erste Schild sei gestern an der Niederlöricker Straße angebracht worden, die übrigen folgten in Kürze.

Ratsherr Banse erfragt bezüglich der Beschlusskontrolle zum Beschluss vom 10. Juli 2025 (Ö17 – Statuswechsel der Schiedsperson des Schiedsamtsbezirks 1 der Stadt Meerbusch), ob das Amtsgericht mittlerweile Gelegenheit dazu hatte, eine neue Schiedsperson zu bestimmen. Frau Beigeordnete Scholten antwortet, dass es hier nicht um eine reine Benennung, sondern einen Funktionswechsel gehe. Dieser sei vom Amtsgericht jedoch nicht genehmigt worden, sondern man habe von dort vielmehr auf die Notwendigkeit einer Neuwahl verwiesen. Ihres Wissens nach beabsichtigen vor diesem Hintergrund beide Büdericher Schiedspersonen ihr Amt niederzulegen.

Herr Bürgermeister Bommers führt zur Thematik rund um die Rheinfähre aus. Nach seinem Wissen solle bis Ende des Monats bei der Landeshauptstadt Düsseldorf eine Entscheidung getroffen werden. Es gebe zielführende, jedoch noch keine finalen Gespräche mit der Rheinbahn. Der Betrieb der Fähre ende zum 16. Dezember zunächst regulär.

20 Termin der nächsten Sitzung: 18. Dezember 2025

Die nächste Sitzung des Rates der Stadt Meerbusch findet am 18. Dezember 2025 statt. Dort werde der Haushaltsentwurf eingebracht.

21 Verschiedenes

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erfragt, wann mit dem Sitzungskalender für das Jahr 2026 zu rechnen sei. Herr Bürgermeister Bommers antwortet, dass dieser zeitnah an die Fraktionen versendet werde.

Herr Bürgermeister Bommers stellt fest, dass es seitens der Stadtverwaltung keine Notwendigkeit einer Beratung der Tagesordnungspunkte 22 und 23 im nicht-öffentlichen Teil gebe. Er fragt die Fraktionen, ob ihrerseits Bedarf bestehe. Alle Fraktionen verneinen. Herr Bürgermeister Bommers schließt die Sitzung um 19:49 Uhr.

Meerbusch, den 03. Dezember 2025

Christian Bommers
Bürgermeister

Tim Hofmeister
Schriftführer